



GEMEINDEWAHLEN IN KÖNIZ

Wahltag ist Zahltag

Seit über 25 Jahren stellt die SP den Gemeindepräsidenten. Im fünfköpfigen Gemeinderat hat die SP zwei Sitze und zusammen mit den Grünen die Mehrheit in der Exekutive. Im Parlament ist sie die grösste Fraktion. Wenn die Gemeinde Köniz den Ruf einer Gemeinde mit guter Lebensqualität hat, ist das zu weiten Teilen ein Verdienst unserer Arbeit in Parlament und Gemeinderat. Nach dem Rücktritt von Luc Mentha, unserem Gemeindepräsidenten, sind wir gefordert, dass dies so bleibt.

«Wahltag ist Zahltag» ist ein immer wieder gerne wiederholter Spruch. Wir wollen die Gemeinde auf dem eingeschlagenen Weg weiterentwickeln – ganz im Sinne von «für alle statt für wenige». Unsere politischen Ziele sind in acht Kernbotschaften verdichtet (*Download: www.sp-koeniz.ch*).

Für einen Lebensraum mit Qualität

Die SP Köniz will die intakten Landschaften und Grünzonen bewahren. Dazu muss die Zersiedelung eingedämmt und in der Ortsplanungsrevision auf innere Verdichtung gesetzt werden. Es gibt noch genügend Baulandreserven in der Gemeinde. Mit dem von der SP

eingebrachten Einzonungsmoratorium ist die «Wakkerqualität» zu erhalten. Innere Verdichtung geht nicht ohne Ausbau des ÖV und Förderung des Langsamverkehrs. Die SP Köniz setzt voll auf das Projekt Tram Region Bern, den Ausbau der S-Bahn und des Nachtbusangebots. Fuss- und Veloverkehr müssen bequemer und sicherer werden. Atomstrom ist passé, das AKW Mühleberg eine permanente Bedrohung der Region. Die Förderung erneuerbarer Energien ist für die SP Köniz deshalb eine Selbstverständlichkeit. Sie hat in dieser Richtung bereits wichtige Vorstösse eingebracht.

Sozialpolitik für Jung & Alt sowie für Familien

Gute Ortsplanung, Tram und erneuerbare Energien garantieren noch keine Lebensqualität für alle. Es braucht dazu auch eine soziale Politik für alle. Wohnungen müssen bezahlbar werden, gemeinnütziger bzw. genossenschaftlicher Wohnbau ist von der Gemeinde zu fördern (siehe Termine, S. 16). Dank der SP ist ein erstes Projekt im Ried in der Pipeline. Weitere Vorstösse sind bereits eingereicht oder in Planung. Kindertagesstätten sind in Köniz noch

Mangelware und eine gute Betreuungsqualität muss sichergestellt werden. Darauf wird die SP ihr Augenmerk legen, falls Köniz Bern imitiert und Betreuungsgutschriften einführt. Hausärztemangel wird auch in Köniz ein Thema. Die SP will eine gute medizinische Grund-

Wenn die Gemeinde Köniz den Ruf einer Gemeinde mit guter Lebensqualität hat, ist das zu weiten Teilen ein Verdienst unserer Arbeit in Parlament und Gemeinderat.

versorgung für alle und wird sich für günstige Rahmenbedingungen für Ärzte- und Gesundheitszentren auf dem ganzen Gemeindegebiet einsetzen.

Unsere Kandidierenden

Für Wahlen braucht es Personal. Die SP Köniz setzt auf bewährte, aber auch auf neue und frische Kräfte. Für das Parlament kandidieren 10 Bisherige und 10 Neue, darunter vier JUSOs. Es gibt bei uns keine Listenfüller. Alle Kandidierenden können und wollen ihr Amt ausüben, sofern sie gewählt werden. Die amtierende Gemeinderätin Katrin Sedlmayer will ihre wichtigsten Dossiers, die Ortsplanungsrevision und das Tram Region Bern, weitergestalten. Hugo Staub will als Gemeindepräsident im Gegensatz zu seinen Konkurrenten nicht nur vier Jahre an der Spitze der Gemeinde stehen (Amtszeitbeschränkung). Über seine Kandidatur und seine politischen Vorstellungen haben wir bereits in der April-Ausgabe von Regiolinks berichtet. Die Gemeinderatsliste wird mit Leuten ergänzt, die bereits das Parlament, die Partei oder beides präsidiert haben: Annemarie Berlinger, Martin Graber und Christian Roth.



HUGO STAUB
Gemeinderat | Gemeindepräsidium

KATRIN SEDLMAYER
Unsere Gemeinderätin

KÖNIZ FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE



Christoph Salzmann
Präsident SP Köniz

PRO UND CONTRA ZUR ABSTIMMUNG ÜBER DEN ZONENPLAN RIEDBACH

Ja zu einem Areal für alternative Wohnformen

Seit Jahrzehnten wohnen und arbeiten in Bern Menschen in Wagen- und Hüttensiedlungen. Solche alternative Wohnformen werden heute bloss toleriert; nun sollen sie eine gesetzliche Grundlage und einen definitiven Platz erhalten. Dafür ist eine Annahme des Zonenplans Riedbach am 22. September nötig.

Das Bedürfnis, aus konventionellen Mustern auszubrechen sowie neue Lebens- und Wohnformen zu finden, besteht in Bern schon seit langem. Hüttendörfer oder ähnliche Wohnformen wurden bei uns immer wieder ausprobiert und gelebt. Sie sind seit Beginn der Zaffaraya-Bewegung in den frühen 80er-Jahren ein Dauerthema, das regelmässig für politische Diskussionen sorgt.

Zaffaraya wäre von der neuen Zone für experimentelles Wohnen nicht tangiert. Gedacht ist sie vielmehr für Gruppierungen wie die Stadtauben oder Stadtnomaden. Ihre Wagen-siedlungen sind zurzeit lediglich toleriert. Alle drei Monate müssen sie gemäss einem Turnus ihren Standplatz wechseln. Das löst bei der betroffenen Anwohnerschaft immer wieder Unmut aus. Zudem stehen immer weniger geeignete Standplätze zur Verfügung.

Realität anerkennen

Dieses Hin- und Herschieben ist keine gute Lösung. Wohnexperimente gehören zu Bern. Es ist an der Zeit, dafür Platz und eine Rechtsgrundlage zu schaffen. Auf einer 6000 Quadratmeter grossen Fläche in Riedbach soll eine definitive Lösung realisiert werden. Diese verbaut jedoch keineswegs die Möglichkeit, das Gebiet später wieder in eine Landwirtschaftszone umzuwandeln, falls sich die Gegebenheiten ändern. Erlaubt wären bloss leicht entfernbare und nicht unterkellerte Wohn- und Bauwagen sowie ähnliche Unterkünfte mit zugehörigen Abstellplätzen für Fahrzeuge.

Ein Nebeneinander ermöglichen

Eine Evaluation mehrerer Grundstücke ergab, dass das Areal in Riedbach für die alternative Wohnform am besten geeignet ist. Es grenzt an Siedlungsgebiet, ist mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar und auch die Erschliessung des Areals ist dank bereits vorhandener Werkleitungen mit wenig Aufwand gewährleistet. Bedenken aus der Bevölkerung – etwa weil Lärm befürchtet wird – sind verständlich und ernst zu nehmen. Jahrelange Erfahrungen zeigen aber, dass es selten Probleme gab. Anwoh-

nende berichten von einem reibungslosen Nebeneinander. Die betreffenden Gruppierungen halten sich durchaus an Spielregeln.

Pragmatische Regelung

Verbindliche Spielregeln würde die Stadt nach einem positiven Volksentscheid in einer Nutzungsordnung festlegen – wie auch die Mietbedingungen. Mit einer Parzelle für ein Wohnen

Wohnexperimente gehören zu Bern. Es ist an der Zeit, dafür Platz und eine Rechtsgrundlage zu schaffen.

und Arbeiten in naturverbundener Umgebung könnte eine pragmatische und dauerhafte Regelung getroffen werden.

In Bern sollen unterschiedliche Wohn- und Lebensformen Platz haben – über (einen) Platz für alternatives Wohnen entscheiden wir am 22. September.



Marieke Kruit
Stadträtin SP

Kein idealer Standort für Wohnexperimente

Typisch Bümpliz-Bethlehem: Gegen die Reitschule und gegen das Tram. Und jetzt auch noch gegen die Zone für Wohnexperimente im Riedbach. Doch gegen dieses Vorhaben gibt es tatsächlich gute Gründe.

Offenheit für bessere Standorte

Der Vorstand der SP Bümpliz-Bethlehem unterstützt die Zielsetzung des Gemeinderats, auf Stadtboden eine Zone für Wohnexperimente zu schaffen. Das könnte durchaus auch im Stadtteil 6 geschehen. Aber die SP Bümpliz-

Bethlehem stört sich am geplanten Standort im Riedbach.

Zu weit weg vom Stadtzentrum

Für potentielle junge und urbane Bewohnende liegt das Areal viel zu weit weg vom Zentrum Berns. Das ist wenig attraktiv. Mit dem Velo braucht man vom Zentrum nach Riedbach etwa 45 Minuten und auch der Anschluss an den öffentlichen Verkehr (S-Bahn, stündliche Verbindung) ist nicht ideal.

Für potentielle junge und urbane Bewohnende liegt das Areal viel zu weit weg vom Zentrum Berns.

schliesslich die Bewohnerinnen und Bewohner fehlen könnten.

Und das wäre schade. Die SP Bümpliz-Bethlehem empfiehlt, nach einem Nein am 22. September gemeinsam nach einem idealen Standort auf Stadtboden zu suchen. Selbst-

verständlich könnte dieser auch in Bümpliz-Bethlehem sein.

ZONENPLAN RIEDBACH

Der Stadtrat hat der Vorlage am 6. Juni mit 36 Ja- zu 23 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

Im ländlichsten Teil der Stadt Bern

Die Zone für Wohnexperimente käme an einen Standort, der noch sehr stark von Landwirtschaft geprägt ist. Er hat überhaupt kein urbanes Flair. Die SP Bümpliz-Bethlehem befürchtet, dass der Zone mangels Attraktivität



Kilian Schreiber
Delegierter Quartierkommission Bümpliz-Bethlehem + Vorstand SP BüBe

GEMEINDERATSWAHLEN IN WOHLLEN

Wohlen – eine Gemeinde erwacht!



Nordwestlich von Bern, zwischen Wohlensee und Südfuss des Frienisbergs gelegen, schmiegt sich die Gemeinde Wohlen in die Landschaft. Im November dieses Jahres finden hier richtungsweisende Wahlen statt. Als Gemeinderätin bin ich seit bald zwei Jahren zuständig für das Departement die Liegenschaften, Land- und Forstwirtschaft. Dessen Aufgaben sind Liegenschaftsbewirtschaftung sowie Landschaftsschutz.

Als Grossrätin stelle ich fest, dass Wohlen mit seiner Topografie, seinen Themen und Herausforderungen ein Abbild des Kantons Bern im Kleinen ist. Die Einwohnergemeinde Wohlen gehört mit ihrer Fläche von 3633 ha zu den grössten Gemeinden des Kantons. Sie besteht aus den Dörfern Hinterkappelen, Wohlen,

Murzelen, Innerberg, Säriswil und Uettligen. Darin kommt eine Vielfalt an verschiedenen Siedlungsformen vor: Dorfschaften, Weiler, abgeschiedene Wohnlagen und städtische Verhältnisse.

«Wohlen bei Bern, hier lebt man gern» heisst es im Werbefilm der Gemeinde. Was idyllisch klingt, hat auch Schattenseiten. In den 60er- und zwischen den 80er- und 90er-Jahren herrschte hier eine rege Bautätigkeit. Seit 1990 steht die Entwicklung der Gemeinde weitgehend still. In den vergangenen Jahren wurden Einzonungen und Verdichtungen an Gemeindeversammlungen mehrfach abgelehnt. Als Folge davon nimmt der Druck auf den Wohnraum heute stetig zu. Wohlen hat kaum günstige Wohnungen. Zudem braucht es gegen 400 neue Wohnmöglichkeiten, denn es mangelt an seniorenspezifischen Angeboten sowie an Behausungen für Familien und junge Erwachsene.

Damit sich Wohlen in den kommenden Jahren zu einem zukunftsfrächtigen Ort entwickeln kann, muss heute mit der Planung begonnen werden. Dazu sind Offenheit und Vernetzung ebenso wichtig wie die Pflege der einzelnen Orte und Quartiere. Im Austausch mit der Bevölkerung müssen die Behörden herausarbeiten, welche Entwicklungen nötig sind, und darüber hinaus heikle Themen in Angriff nehmen. Es geht um die Frage: Postkartendylle mit teurer Infrastruktur, steigendem

Steuerfuss oder sinkenden Leistungen versus moderates Wachstum durch Ansiedlung von wertschöpfungsstarken Betrieben und gezielt verdichtete Wohn- und Dienstleistungsreiche in Verbindung mit einer nachhaltigen Verkehrspolitik. Ohne wirkungsvolle energieeffiziente Massnahmen und eine aktive Wohnbau- und Bodenpolitik geht nichts mehr. Um Zukunftschancen zu erkennen, braucht es Aufmerksamkeit, Achtsamkeit und lernendes Handeln. Eine Gemeinde, die sich auf ihre

«Eine Gemeinde, die sich auf ihre Stärken besinnt und die Zukunft in die Hand nimmt – dazu leiste ich gerne meinen Beitrag.»

Stärken besinnt und die Zukunft in die Hand nimmt – dazu leiste ich gerne meinen Beitrag. Ich will in einer Gemeinde leben, die baulich und sozial durchmischt ist. In einer Gemeinde, in der Abenteuerlust und Forschergeist bei Jung und Alt geweckt sind und das kreative Potenzial auf Ziele gelenkt wird, die dem Wohl aller dienen. Leben in Wohlen bei Bern, einem Ort, in dem gestaltet statt verwaltet wird. Das stärkt das Zusammenleben der Einwohnerinnen und Einwohner – damit alle gerne hier leben.



Ursula E. Brunner
Gemeinderätin SPplus und SP-Grossrätin

SPANNENDE AUSGANGSLAGE

Die Wahlen in Wohlen versprechen spannend zu werden. Gleich drei neue KandidatInnen machen dem amtierenden Gemeindepräsidenten (FDP) das Amt streitig, darunter unser Mitglied **Bänz Müller**. Neben der SPplus Wohlen greifen auch die BDP und die Grünen den Amtsinhaber an.

Im Gemeinderat möchten wir unsere drei Sitze verteidigen oder gar die Mehrheit erringen. Wahlchancen haben vor allem die Bisherigen **Ursula Brunner** und **Maja Gerber Schneider** auf der Frauenliste sowie Bänz Müller auf der Männerliste. Um das Wahlziel zu erreichen, ist ein besonderer Effort aller Mitglieder und Sympis nötig.



Unsere bisherigen KandidatInnen der SP Wohlen (von links nach rechts): Bänz Müller, Ursula Brunner und Maja Gerber Schneider



Die Zukunft der Berner Quartierzentren bleibt ungewiss

Im letzten Herbst hat der Kanton Bern seinen Beitrag an die Gemeinwesenarbeit in der Stadt Bern gestrichen. Damit fällt rund die Hälfte der Mittel weg und es droht ein regelrechter Kahl-schlag in der Gemeinwesenarbeit. Für das laufende Jahr übernimmt die Stadt Bern zwar die fehlenden Kantonsbeiträge; wie die Finanzierung ab 2014 aussieht, ist aber nach wie vor völlig offen. Sowohl der Gemeinderat als auch eine Mehrheit des Stadtrats haben sich dagegen ausgesprochen, die wegfallenden Beiträge vollumfänglich zu übernehmen. Damit droht die Schliessung vieler Quartierzentren und der Abbau von Arbeitsplätzen.

Wichtigkeit der Quartierzentren unbestritten

Dass die Quartierzentren wichtige Aufgaben für das Zusammenleben und den Zusammenhalt in der Stadt wahrnehmen, ist unbestritten. Sie prägen das soziale und kulturelle Leben in den Quartieren massgeblich mit, leisten einen wichtigen Beitrag zur Quartierentwicklung und unterstützen die Integration. «Wird hier gespart, so muss mittel- und längerfristig damit gerechnet werden, dass massive Mehrkosten entstehen», so der Gemeinderat in einer Vorstossantwort. Auch im Stadtrat haben sämtliche Fraktionen die Wichtigkeit der Gemeinwesenarbeit betont; es blieb jedoch bei Lippenbekenntnissen. Sobald es um die Fi-

nanzierung geht, sind soziale Anliegen bei den Mitte-Parteien ebenso chancenlos wie bei den Rechtsbürgerlichen.

Im Juni beauftragte der Stadtrat den Gemeinderat mit mehreren Postulaten, verschiedene (Spar-)Szenarien für die Zukunft der Gemeinwesenarbeit zu prüfen und die jeweiligen

Die Bedeutung der Gemeinwesenarbeit ist viel zu gross, um sie in zweifelhaften politischen Machtspielen mit dem Kanton zu opfern.

Konsequenzen aufzuzeigen. Als Postulat überwiesen wurde auch ein Vorstoss der SP-Fraktion, der fordert, dass in der Gemeinwesenarbeit anteilmässig nicht stärker gespart werden soll als im städtischen Gesamtbudget. Damit liess der Stadtrat zwar vorerst noch alle Optionen offen und spielte den Ball an den Gemeinderat zurück, für die betroffenen Institutionen ist diese Situation aber unzumutbar. Ihnen fehlt nach wie vor jegliche Planungsgrundlage für die Zukunft. Eine grundsätzliche Kehrtwende bei den Mitte-Rechts-Parteien ist unwahrscheinlich, es sei denn, es werden im Gegenzug andere Leistungen im Sozialbereich gestrichen. Dies ist für die SP jedoch kein gangbarer Weg.

Gefangen im Spardilemma

Die Stadt befindet sich damit in einem finanzpolitischen Dilemma, das angesichts des kantonalen Spardrucks auch in anderen Bereichen droht. Übernimmt sie vom Kanton gestrichene Ausgaben, signalisiert sie damit, dass weitere Sparmassnahmen zu Lasten der Stadt unproblematisch sind, weil sie diese mit eigenen Mitteln kompensiert. Dies kann aber sicher nicht die Lösung sein, zumal auch die Finanzlage der Stadt angespannt ist.

Will die Stadt hingegen «ein Zeichen setzen» und verweigert die Übernahme der Kosten, dann sind insbesondere im Sozialbereich wichtige Errungenschaften gefährdet. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Mitteparteien ihrer Verantwortung bewusst werden und doch noch zu einer sozialverträglichen Lösung Hand bieten. Die Bedeutung der Gemeinwesenarbeit ist jedenfalls viel zu gross, um sie in zweifelhaften politischen Machtspielen mit dem Kanton zu opfern.



Michael Sutter
Parteisekretär und Stadtrat

IMPRESSUM

Herausgeberinnen: SP Region Bern-Mittelland und SP Stadt Bern, Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23, 031 370 07 90, bern@spbe.ch, www.spmittelland.ch, www.spbern.ch

Redaktion: Marieke Kruij, Christa Luginbühl, Ursula Marti, Christoph Salzmann, Michael Sutter

TERMINE

Die SP Köniz lädt ein

**Öffentlicher Informations- und Diskussionsanlass:
Bezahlbare Wohnungen – gemeinnütziger Wohnbau in Köniz**

Donnerstag, 12. September, 19.30 Uhr im Gemeindehaus Köniz, Landorfstrasse 1
Mit **Katrin Sedlmayer**, Gemeinderätin SP

Evi Allemann, Nationalrätin und Präsidentin Mieterinnen- und Mieterverband Kanton Bern

Judith Hangartner, Vizepräsidentin Genossenschaft Oberfeld in Ostermundigen

Thomas Balmer, Präsident Genossenschaft Brünnen-Eichholz. Moderation: **Christoph Salzmann**